



05.11

Editorial

Gesellschaft

Alkoholkonsum Jugendlicher weiter rückläufig
Fast die Hälfte der Deutschen würde ausländische Pflegekräfte einstellen

Arbeitsmarkt

Familien- und Angehörigenarbeit blockiert Reserven auf dem Arbeitsmarkt

Demographie

Internationale Umfrage zu Alter und Rente

Globalisierung

Vision 2050: Die neue Agenda für Unternehmen
Die Weltwirtschaftsordnung 2050

Ökologie

100 Prozent saubere Energie bis 2050 möglich
Umweltbundesamt analysiert Abfälle im Meer

Kommunikation

Große Unternehmen erhöhen Interaktivität im Social Web
Social Media: In der Geschäftswelt angekommen
Internet und Datensicherheit

Materialien

Ulrich, Peter: Zivilisierte Marktwirtschaft

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Karl Rabeder ist im vergangenen Jahr einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, als er seine Luxusvilla in Tirol verlost hat. Rabeder, mit einem Unternehmen für Wohnaccessoires reich geworden, beschloss vor einigen Jahren, sein Leben einem radikalen Wandel zu unterziehen. Die innere Stimme, die eigenen Werte und der Leitsatz „vermögend ist jemand, der mit seinem Besitz und seinen Fähigkeiten Positives auf dieser Welt zu bewirken vermag“ sollen künftig sein Leben bestimmen. Vor zwei Jahren gründete er die Internetplattform www.mymicrocredit.org. Hier können interessierte Menschen durch zinslose Mikrokredite Projekte ihrer Wahl in Lateinamerika unterstützen. Auf dem Deutschen Fundraising Kongress, der vom 6. bis 8. April 2011 in Fulda stattfand, stellte Rabeder seinen Weg und die ersten Erfolge seines neuen Social Business vor. Sein Vorteil gegenüber anderen Social Entrepreneurs: Er brachte das Startkapital für MyMicroCredit selbst mit.

Dass genau hier die Schwierigkeit für viele Social Entrepreneurs liegt, wurde im Anschluss an Rabeders Keynote im Rahmen der Podiumsdiskussion „Spenden sind endlich – Fundraising als Starthilfe für wirtschaftliche Unabhängigkeit?“ thematisiert. Stiftungen hätten grundsätzlich Interesse daran, Social Business zu unterstützen, erklärte Prof. Dr. Georg von Schnurbein, Centre for Philantropy Studies, Universität Basel. Sie seien jedoch in Bezug auf Investitionen rechtlichen Schranken unterworfen, um ihre Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden. So dürften z. B. investierte Gelder keinen Ertrag bringen. Daher müssten bei sozialen Investitionen oft rechtliche Sonderkonstruktionen gefunden werden, insbesondere wenn sich Stiftungen über eine Anschubfinanzierung hinaus engagieren wollten. Birgit Kern, Stiftung Brot für die Welt, berichtete von ihren Erfahrungen mit Unternehmen als Top-Spendern, die sich für neue Projekte einsetzten, und zwar sowohl in der Anschub- als auch in der Begleitfinanzierung – häufig vor dem Hintergrund persönlicher Betroffenheit. Um dies zu erreichen, sei eine Öffnung der Organisation und ein Zugehen auf die Unternehmen erforderlich. Prof. Dr. Mathias Beckmann, Leuphana Universität Lüneburg, verwies darauf, dass Social Entrepreneurs ungelöste Probleme in der Gesellschaft lösen wollten. Dies sei mit der klassischen staatlichen Förderung kaum machbar; es sei Risikokapital erforderlich. Er machte jedoch auch darauf aufmerksam, dass die Förderung von Sozialunternehmertum in der Engagementstrategie des Bundes vorgesehen sei.

Moderator Thomas Friemel, enorm Magazin, stellte den Diskutanten die Frage, ob eine Steuerung von Risikokapital über die Wohlfahrtsverbände denkbar sei und funktionieren könne. Während Kern die Frage pauschal für nicht beantwortbar hielt, sprach sich Schnurbein dafür aus, die Freie Wohlfahrtspflege in die Idee des Social Entrepreneurship mit einzubeziehen. Das Prinzip der Startups könnte auch im gemeinnützigen Sektor funktionieren. Vermieden werden müsse, dass eine „Landschaft der Großen“ und eine „Landschaft der Kleinen“ entstehe. Auch die Vernetzung von Social Entrepreneurs sei wichtig, insbesondere für diejenigen, die ganz am Anfang stehen. Als Plattformen dafür nannte er für Deutschland Phineo (www.phineo.org) und für die Schweiz Socential (www.socential.org).

Abschließend sprach sich Kern dafür aus, dass Social Entrepreneurship komplementär zu Fundraising und Spenden gesehen werden sollte. Eine offene Frage sei, ob hier ein größerer Zusammenhang oder nur punktuelle Aktivitäten entstünden.

Wir sind gespannt, welche Brücken künftig zwischen den „traditionellen“ Sozialunternehmern und den „neuen“ Social Entrepreneurs geschlagen werden. Unsere Annahme: Die Übergänge sind heute bereits fließend, aber es fehlt noch an Kommunikation und Vernetzung.

Ihre Redaktion

Gesellschaft

Alkoholkonsum Jugendlicher weiter rückläufig

Der regelmäßige Alkoholkonsum von Jugendlichen hat im Jahr 2010 den niedrigsten Stand seit den siebziger Jahren erreicht. Noch immer recht verbreitet ist allerdings das so genannte „Binge-Trinken“ (Rauschtrinken). Das ergibt sich aus einer Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln (<http://www.bzga.de/>), zum „Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland“. Für die Studie sind im Sommer vergangenen Jahres 7.000 repräsentativ ausgewählte Personen im Alter von 12 bis 25 Jahren nach ihren Trinkgewohnheiten befragt worden.

Längerfristige Trends

In der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen gehe der regelmäßige Alkoholkonsum „langfristig zurück“. Die bisher höchsten Werte habe man in dieser Altersgruppe mit Anteilen von 25,4 Prozent (1979) und 28,5 Prozent (1986) registrieren müssen. Im Jahr 2010 sei der regelmäßige Alkoholkonsum unter den Jugendlichen mit 12,9 Prozent deutlich geringer gewesen. Auch bei jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren könne „ein langfristiger und deutlicher Rückgang“ des regelmäßigen Alkoholkonsums konstatiert werden. Hier hätten sich die Anteile von 67,1 Prozent (1973) und 70 Prozent (1976) auf 34,5 Prozent im Jahr 2010 reduziert.

Prozentualer Anteil derjenigen, die regelmäßig Alkohol konsumieren (nach vier Altersgruppen und Geschlecht)

Alter		2004	2010
12 bis 15 Jahre	gesamt	10,4	5,8
	männlich	11,9	6,7
	weiblich	8,7	4,9
16 und 17 Jahre	gesamt	43,7	25,9
	männlich	55,3	36,5
	weiblich	31,5	14,9
18 bis 21 Jahre	gesamt	43,3	34,7
	männlich	58,0	49,1
	weiblich	28,0	19,5
22 bis 25 Jahre	gesamt	44,0	34,4
	männlich	60,1	46,7
	weiblich	27,4	21,5

Alter des ersten Alkoholkonsums und ersten Alkoholrausches

Sowohl das durchschnittliche Alter, in dem zum ersten Male Alkohol konsumiert wird, als auch das durchschnittliche Alter beim ersten Alkoholrausch hätten sich von 2004 bis 2010 insgesamt und für beide Geschlechtergruppen um durchschnittlich 0,4 Jahre weiter nach hinten verschoben. Beides finde dennoch in einem Lebensalter statt, in dem die Abgabe von Alkohol an Jugendliche gesetzlich verboten ist.

Durchschnittliches Alter beim ersten Alkoholkonsum und beim ersten Alkoholrausch

		2004	2010
durchschnittliches Alter beim ersten Glas Alkohol	gesamt	14,1	14,5
	männlich	13,9	14,4
	weiblich	14,2	14,6
durchschnittliches Alter beim ersten Alkoholrausch	gesamt	15,5	15,9
	männlich	15,5	15,8
	weiblich	15,6	15,9

Konsum riskanter Alkoholmengen

Die 12- bis 15-Jährige würden „noch verhältnismäßig selten“ riskante Alkoholmengen zu sich nehmen. Von den 16- und 17-Jährigen trinke schon jeder Siebte (15,1 Prozent) bzw. jede Zwölfte (8,5 Prozent) „im Durchschnitt pro Tag eine Alkoholmenge, die für Erwachsene riskant ist“. Bei jungen Erwachsenen treffe das auf jeden Fünften (20,6 Prozent) bzw. auf etwa jede Zehnte (10,7 Prozent) zu.

Die Zahl derer, die das „Binge-Trinken“ praktizierten (also pro Monat oder öfter bei je einer Gelegenheit mindestens fünf alkoholische Getränke konsumierten), sei über alle Altersgruppen hinweg leicht gesunken. Doch noch immer würden 16,7 Prozent der minderjährigen Jugendlichen zugeben, im letzten Monat „Binge-Trinken“ betrieben zu haben. Im Jahr 2004 seien es noch 22,6 Prozent gewesen. Dieser leichte Rückgang sei „aber kein Zeichen für Entwarnung“. So habe im Januar 2011 eine Bilanz des Statistischen Bundesamtes ergeben, dass rund 26.400 junge Menschen von zehn bis 20 Jahren aufgrund von akutem Alkoholmissbrauch (2009) in Krankenhäusern stationär behandelt worden seien. Gegenüber 2008 sei das ein Plus von 2,8 Prozent, gegenüber dem Jahr 2000 sogar ein Plus von 178 Prozent gewesen.

Umgerechnet in reinen Alkohol hätten die 12- bis 15-Jährigen 11,7 Gramm pro Woche (Jungen: 15,1 g; Mädchen: 8,1 g), die 16- und 17-Jährigen 60,2 Gramm pro Woche (Jungen: 86,6 g; Mädchen: 32,5 g), die 18 bis 21-Jährigen 76,7 Gramm pro Woche (Männer: 111,0 g ; Frauen: 40,5 g) und die 22- bis 25-Jährigen 73,7 Gramm pro Woche (Männer: 106,9 g ; Frauen: 39,1 g) zu sich genommen.

Alkoholkonsum im sozialen Umfeld

Eine potentielle Gefahr stelle der Studie zufolge der Freundeskreis junger Menschen dar. Je mehr dort getrunken werde, umso mehr trinke man auch selbst. So hätten nahezu alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen (93,6 Prozent), die häufig „Binge-Trinken“, bei der Umfrage bekannt, „dass die meisten oder alle ihrer Freunde Alkohol trinken“. Nach Gründen für den Alkoholkonsum befragt, erklärten viele, sie hätten dann „mehr Spaß und weniger Hemmungen“: Mehr als die Hälfte der Befragten habe den Aussagen zugestimmt, „mit Alkohol bin ich lockerer“ (57,6 Prozent), „finde ich alles lustiger“ (57,6), „bin ich in ausgelassener Stimmung“ (56,1), „fällt es mir leichter, auf andere zuzugehen“ (52,9) und „bin ich nicht mehr schüchtern“ (50,7). Bei denen, die häufig „Binge-Trinken“, habe die Zustimmung zu den Aussagen um bis zu 25 Prozentpunkte höher gelegen.

Schlussfolgerungen der Experten

Der Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener sei trotz des rückläufigen Trends „noch immer hoch“. Es zeige sich, dass viele der Jugendlichen schon im Alter von 16 und 17 Jahren „ein Konsumverhalten entwickelt haben, das selbst Erwachsenen aus gesundheitlichen Gründen nicht zu empfehlen ist“.

Mit dem Einsatz und der Kombination verschiedener Informationsangebote, die über gesundheitliche Gefahren durch Alkohol aufklären, sei es „in kurzer Zeit gelungen, bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland eine hohe Reichweite zu erzielen“. Damit sei die Voraussetzung für eine wirkungsvolle Prävention erfüllt. Bei der Fortführung der Präventionsmaßnahmen der BZgA „werden weiterhin die sozialen Kontexte, in denen Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener steht, eine wichtige Rolle spielen.“ Die Prävention müsse „konzeptionell auf die soziale Funktion des Alkoholkonsums“ eingestellt sein.

Ein Kurzbericht (39 S.) zur BZgA-Studie „Der Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2010. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativbefragung und Trends“ und ein Info-Blatt mit den zentralen Ergebnisse dieser Studie finden sich unter <http://www.bzga.de/forschung/studien-untersuchungen/studien/suchtpraevention/?sub=60>.

Fast die Hälfte der Deutschen würde ausländische Pflegekräfte einstellen

Mehr als eine Million pflegebedürftige Menschen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Für die Angehörigen bedeutet das meist einen sehr hohen Aufwand. Laut einer Umfrage des Unternehmens Immowelt AG, Nürnberg (<http://www.immowelt.de/>), wären 43 Prozent der Deutschen „bereit, für die Pflege ihrer Angehörigen eine ausländische Pflegekraft einzustellen, die mit in der Wohnung der Betroffenen wohnt“. Das ergebe sich aus der repräsentativen Studie „Wohnen und Leben Winter 2011“, die das Unternehmen beim Marktforschungsinstitut InnoFact, Düsseldorf, in Auftrag gegeben habe und für die mehr als 1.000 Personen befragt worden seien.

Gründe für die Akzeptanz ausländischer Pflegekräfte

21 Prozent aller befragten Personen hätten „ein Modell, bei dem eine ausländische Pflegekraft mit im Haus wohnt“, prinzipiell bejaht. Nach Meinung dieser Befragten sei es kostengünstiger, für die Eltern oder für nahe Angehörige eine ausländische Pflegekraft zu beschäftigen, als einen der Pflegedienste vor Ort zu engagieren. Diese Ansicht sei „nicht verwunderlich“, würden doch zwei Drittel der Pflegebedürftigen, die zu Hause gepflegt werden, nur ein relativ geringes Pflegegeld erhalten.

22 Prozent der Befragten stellten in diesem Zusammenhang den Aspekt in den Vordergrund, dass nur so die Eltern oder nahe Angehörige ihren Lebensabend in vertrauter Umgebung verbringen könnten. Insbesondere Bewohner von Wohneigentum würden „den Verbleib in den eigenen vier Wänden“ hoch einschätzen: Diese Gruppe habe sich zu 52 Prozent für eine „häusliche Rundum-Betreuung durch ausländisches Pflegepersonal“ ausgesprochen. Hierbei spiele natürlich die Tatsache eine gewichtige Rolle, dass in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus meist mehr Platz sei und ein zusätzlicher Bewohner die Privatsphäre weniger einschränke. Mieter hingegen seien nur zu 39 Prozent von den Vorteilen eines solchen Modells überzeugt.

Gründe für eine Ablehnung ausländischer Pflegekräfte

Gegen „ein Modell, bei dem eine ausländische Pflegekraft mit im Haus wohnt“ hätten sich insgesamt 27 Prozent der Befragten ausgesprochen. 18 Prozent der Befragten bekannten, Angst zu haben, dass „die Pflegekraft nicht vertrauenswürdig“ sei. Neun Prozent wollten ein solches Modell „auf keinen Fall“, weil es „nicht die Pflegequalität biete wie ein professionelles Heim“.

Arbeitsmarkt

Familien- und Angehörigenarbeit blockiert Reserven auf dem Arbeitsmarkt

Die Reserven des „Erwerbspersonenpotenzials“ könnten nach Einschätzung der Experten vom Institut Arbeit und Technik (IAT) der Fachhochschule Gelsenkirchen (<http://www.iat.eu/>) viel stärker aktiviert werden, wenn dazu „alle Facetten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigt“ würden und das Problem „nicht nur auf den Schwerpunkt der Kindererziehung und -betreuung beschränkt“ werde. Das schreiben Michael Cirkel und Peter Enste in den IAT-Mitteilungen „Forschung-Aktuell“.

Wachsendes Missverhältnis zwischen Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot

In den kommenden zehn Jahren seien branchenübergreifend „sich stark verschärfende Probleme der Belegschaftsalterung und Personalbeschaffung“ zu erwarten. „Bis 2025 wird sich die Nachfrage nach Arbeitskräften nochmals leicht erhöhen, während das Erwerbspersonenpotenzial deutlich sinken wird.“ Diese „kurz- und mittelfristig kaum korrigierbare Entwicklung“ werde insbesondere für die Betriebe „mit eingeschränkter oder nicht vorhandener Automatisierungsoption“ einen sehr harten Wettbewerb um geeignete Mitarbeiter mit sich bringen.

Attraktive Arbeitsbedingungen für junge und ältere Arbeitnehmer erforderlich

Angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels für die Unternehmen verwundere es nicht, „dass die Unternehmen ihre Personalpolitik stärker auf das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausrichten“. Dabei sei vielerorts bereits ein direkter ökonomischer Nutzen der entsprechenden Maßnahmen erkennbar. Die bisherigen Strategien zum „Umgang mit familienbedingten Belastungen“ würden vor allem auf organisatorische Maßnahmen hinauslaufen, so auf „zeitweise Rücksichtnahme“ (z. B. bei Urlaubsplanung), auf flexible Arbeitszeitregelungen und Freistellungen. Hinzu könne man außerdem Programme zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben und zur Auffrischung des notwendigen Know-hows zählen. Bisher zielten diese Maßnahmen also primär auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung ab und beträfen relativ junge Beschäftigte.

Selbst wenn heute noch häufig Zweifel daran bestünden, ob „Ältere im Berufsleben mithalten können“ und ob „betriebliche Produktivität und Innovationskraft mit Älteren zu verwirklichen sind“, werde sich auch auf betrieblicher Ebene bald die Erkenntnis durchsetzen, dass betriebliche Entwicklungen „nur mit älteren Mitarbeitern möglich sind“. Die älteren Arbeitnehmer „werden zur entscheidenden Ressource auf dem Arbeitsmarkt“, prognostizieren die Autoren. Alle Unternehmen würden mittelfristig vor der Frage stehen: „Bin ich attraktiv genug, um überhaupt noch einen qualifizierten Mitarbeiter gleich welchen Alters zu bekommen?“. Die Dringlichkeit dieser Fragestellung sei vielen Unternehmen aber bisher noch kaum bewusst. Hier werde sich ein Paradigmenwechsel vollziehen müssen.

Mehrfachbelastung der mittleren Generation

2008 sei jede vierte Frau, die ein Kind bekommen habe, über 34 Jahre alt gewesen. Der Anteil älterer Mütter („und Väter“) sei seit Beginn der 1990er Jahre „kontinuierlich gewachsen“. Diese Entwicklung bringe es auch mit sich, „dass Berufstätigkeit,

Kinderbetreuungsphase und Elternpflegephase trotz des ebenfalls steigenden Durchschnittsalters und den Fortschritten, die zum Erhalt der Gesundheit auch im höheren Lebensalter gemacht wurden, inzwischen vielfach zusammenfallen und sich für die Betroffenen als dreifache Belastung darstellen". Auch der mehrfachen Belastungssituation „pflegender Beschäftigter“ werde bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Denn ein erheblicher Anteil aller pflegenden Angehörigen sei berufstätig, „sogar 23 Prozent der Hauptpflegepersonen, davon die Hälfte mit Vollzeitbeschäftigung“. In Zukunft werde die Zahl jener Berufstätigen weiter steigen, „die neben dem Job mit der Pflege und Versorgung eines Angehörigen betraut sind“. Der „sozio-strukturelle Wandel“ drücke sich also nicht nur darin aus, dass informelle Hilfe im Bereich der Kinderbetreuung fehle.

Das Problem der „Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Angehörigenpflege“ wird sich also deutlich vergrößern; ist in den aktuellen Diskussionen um Familienfreundlichkeit aber erstaunlicherweise ebenso unterbelichtet geblieben wie in den Diskussionen um die demografiefeste Gestaltung von Unternehmen.“

Höhere Zahl Pflegebedürftiger vergrößert Zahl pflegender Angehöriger

Laut Statistik werde die Zahl der Pflegebedürftigen von 2,2 Millionen (2007) auf 2,9 Millionen im Jahr 2020 und etwa 3,4 Millionen im Jahr 2030 ansteigen. Ließen sich „in der Generation der in die Jahre gekommenen so genannten Baby-Boomer“ familienbezogene Pflege- und Unterstützungsleistungen „noch häufig auf mehrere Schultern verteilen“, so werde es spätestens dann, wenn die Baby-Boomer selbst in den Ruhestand gehen, „schon rein rechnerisch zu erheblichen Versorgungsengepässen in den informellen Unterstützungsleistungen durch Familienangehörige kommen“. Die Bedeutung dieser Entwicklung werde in Zukunft weiter wachsen, im Durchschnitt würden „bald nur noch 1,3 Kinder pro Pflegebedürftigem zur Verfügung stehen und nicht mehr 2,3 wie noch heute“.

Stille Reserven des Erwerbspersonenpotenzials aktivieren

Die Lebensarbeitszeit und die Zeit im aktiven Berufsleben werden sich künftig tendenziell verlängern. Aufgrund der demographischen Entwicklung könne es sich die Volkswirtschaft nicht leisten, „auf die Arbeitskraft von in die Pflege eingebundenen Menschen zu verzichten“. Gegenwärtig sei aber die Übernahme der informellen Pflege- und Unterstützungsleistungen „weder durch die Leistungen der Pflegeversicherung ausreichend abgedeckt, noch kann sie organisatorisch und personell mit den vorhandenen Ressourcen und Instrumenten sichergestellt werden“.

Für die Betroffenen seien Aufwand und Belastung durch die Übernahme von Unterstützungs- und Pflegeleistungen hoch. Das wirke sich für sie belastend „und letztlich leistungsmindernd aus. „Bei der Gleichzeitigkeit von Angehörigenpflege, Berufstätigkeit und Kindererziehung kann eine optimale Leistungsqualität in keinem Bereich erzielt werden“. Daher müssten die bislang bestehenden Pflege- und Versorgungsdienstleistungen „um Ansätze ergänzt werden, die an den spezifischen Belangen von Unternehmen und Mitarbeitern ausgerichtet sind“.

Eine solche Lösung könne „nicht von einer Seite allein erwartet werden“. Es müssten Modelle entwickelt werden, „die im Sinne eines geeigneten Wohlfahrtsmixes sowohl die Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen als auch die öffentliche Hand und die

Kostenträger mit einbeziehen, um gemeinschaftlich getragene Lösungsansätze zu erarbeiten".

Die Analyse von Michael Cirkel und Peter Enste (IAT) „Smart Ageing – Der Spagat zwischen Pflege und Beruf. Vom Umgang mit der alternden Gesellschaft“ (9 S.; Forschung Aktuell 01/2011) findet sich unter http://www.iat.eu/index.php?article_id=91&clang=0&jahr=2011 im Internet.

Demographie

Internationale Umfrage zu Alter und Rente

Während im asiatischen und afrikanischen Raum bereits 50- bis 59jährige von vielen als „alt“ eingestuft werden, schätzt die Mehrheit der Europäer erst Personen im Alter von 70 bis 79 Jahren als „alt“ ein. Bei aller Unterschiedlichkeit dieser Einstufungen in den verschiedenen Regionen der Welt, gibt es auch eine große Einigkeit: Rente heißt nicht Stillstand. Im Rentenalter werden viele Aktivitäten geplant und unternommen. Das belegt eine neuere Studie des in über 100 Ländern agierenden Informations- und Medienunternehmens „The Nielsen Company“ (Hauptsitz: New York; www.nielsen.com). Für die Studie sind im September 2010 weltweit mehr als 27.000 Internetnutzer (in Deutschland 500) befragt worden. Das teilt „The Nielsen Company“ (Germany) mit.

Klassifizierung als „alt“ international unterschiedlich

Obwohl einer Einstufung von Menschen als „alt“ sehr subjektive Wahrnehmungen zugrunde liegen, zeigten sich in unterschiedlichen Ländern „klare Tendenzen“, ab wann ein Mensch als „alt“ gilt: So stuften etwa 65 Prozent der Konsumenten in Deutschland jene Personen als alt ein, die das 70. Lebensjahr überschritten haben. Damit liege Deutschland im europäischen Schnitt. Es gebe aber auch durchaus andere Einschätzungen: So gelte man für die Mehrheit in asiatischen Ländern bereits ab dem 60. Lebensjahr als alt. Im Mittleren Osten und Afrika hätten 17 Prozent der Befragten bereits die Altersgruppe von 40 bis 49 Jahren als „alt“ eingestuft. In Estland wiederum hätte etwas mehr als die Hälfte der Befragten erklärt, „dass man erst ab 80 alt sei“. Der internationale Vergleich zeige, „dass die Einschätzung, ob jemand ‚alt‘ ist, nicht zwingend mit der Lebenserwartung zusammenhängt“. Viel wichtiger sei „der demographische Ist-Zustand“ der jeweiligen Gesellschaft. In „jungen Gesellschaften“ wie etwa in Afrika gelte man viel früher als „alt“, verglichen etwa mit den „alternden Gesellschaften“ in Europa.

Toleranz beim Rentenalter

Eine überwiegende Mehrheit (70 Prozent) der Befragten in Deutschland sehe den Zeitraum zwischen dem 60. und dem 69. Lebensjahr als das typische „Renteneintrittsalter“ an. Aber immerhin 20 Prozent wollten schon vorher „in Rente gehen“. Nur sehr wenige (fünf Prozent) wollten erst mit 70 oder älter in den Ruhestand wechseln. Auch in dieser Hinsicht habe man „deutliche internationale Unterschiede“ festgestellt: Während etwa in Österreich 41 Prozent schon mit 59 Jahren oder jünger in Rente gehen wollten oder gegangen seien, seien es in Israel 28 Prozent, die erst mit 70 Jahren oder später aus dem Berufsleben ausstiegen.

Rente und finanzielle Absicherung

Das „primäre Einkommen“ von 71 Prozent der Deutschen im Rentenalter sei die gesetzliche Rente. Nur vier Prozent hätten eine betriebliche Rentenversicherung „als Haupteinnahmequelle“ angegeben. Immerhin 16 Prozent müssten „als primäres Einkommen auf eigene Ersparnisse zurückgreifen“. Ein „komplett anderes Bild zeigt sich hier zum Beispiel in Finnland“: Dort würden mehr als zwei Drittel (68 Prozent) eine „betriebliche Vorsorge als Haupteinnahmequelle“ angeben. Nur 18 Prozent lebten dort „hauptsächlich von der staatlichen Rente“. In Portugal wiederum nutzten 41 Prozent der Rentner ihre privaten Ersparnisse als wichtigste Einnahmequelle. Auch in Frankreich gelte das für 35 Prozent der Rentner, und auch in Großbritannien hätten 31 Prozent „die privaten Ersparnisse als hauptsächliche Finanzquelle im Rentenalter“ angegeben („allerdings dicht gefolgt von der

betrieblichen Rente: 30 Prozent“).

Große Unsicherheit herrsche „beim Ausblick auf die Rente“. In Deutschland fühlten sich „21 Prozent der Konsumenten (...) finanziell gut auf die Rente vorbereitet“, ein Drittel (34 Prozent) „schlecht“. Die Mehrheit (45 Prozent) aber sei unsicher. Offenbar sei es vielen Menschen klar, dass die gesetzliche Rente allein häufig nicht ausreichen werde, um den Lebensstandard im Alter zu halten. In Frankreich fühlten sich 11 Prozent finanziell gut auf die Rente vorbereitet, 59 Prozent „schlecht“ und 30 Prozent seien sich in dieser Beziehung recht unsicher.

Die Ratlosigkeit vieler Deutscher im Bezug auf die finanzielle Absicherung im Alter verdeutlicht auch eine Umfrage, die das Marktforschungsinstitut GfK im Auftrag der Skania Lebensversicherungs AG durchgeführt hat: 57 Prozent hätten auf die Frage, wie viel Geld sie monatlich zurücklegen müssten, um ihren Lebensstandard im Ruhestand halten zu können, „keine Antwort gewusst“. Von den übrigen Befragten hätten 23 Prozent geschätzt, dass sie dafür weniger als 150 Euro pro Monat zurücklegen müssten (http://www.skandia.de/aktuelle-pressemitteilungen_deutsche-koennen-ihr-rentenloch-nicht-einschaetzen.html).

Aktivitäten nach dem Berufsleben

Nach den Plänen für den Ruhestand befragt, hätten in Deutschland 60 Prozent erklärt, ihre beliebteste Aktivität werde dann das Reisen sein. An zweiter Stelle stünden die Enkelkinder, um die sich deutsche Rentner im Ruhestand kümmern wollten (40 Prozent), gefolgt von ehrenamtlicher Arbeit (33 Prozent). Jeweils ein Viertel der befragten Personen habe angegeben, sich dann um den Garten kümmern zu wollen (26 Prozent) oder in einem Verein aktiv zu werden (25 Prozent). Sehr wenig Interesse gebe es offenbar aber am „Umzug in eine Seniorenanlage zwecks Verbesserung der sozialen Kontakte“ (zwei Prozent). Der Umzug in eine solche Wohnanlage sei „offenbar hierzulande für viele eher mit Stillstand verbunden“.

Während in Deutschland nur fünf Prozent der Befragten angegeben hätten, im Rentenalter „eine neue Karriere starten“ zu wollen, seien es in Russland gut ein Viertel der Befragten (26 Prozent), die sich so etwas vorstellen könnten.

Eine Präsentation zu einigen Hauptergebnissen des „Global Online Survey III/2010. Alter und Rente“ (9 S.) ist im Internet unter http://de.nielsen.com/site/pr20110223_2.shtml (Stichwort „Abbildungen“) zu finden.

Globalisierung

Vision 2050: Die neue Agenda für Unternehmen

Wie im Jahr 2050 eine Weltbevölkerung von etwa neun Milliarden Menschen mit den vorhandenen Ressourcen leben kann, will die Studie „Vision 2050: The new agenda for business“ aufzeigen. Der World Business Council for Sustainable Development (Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung, Hauptsitz: Genf; <http://www.wbcsd.org/>), der die Studie vorgelegt hat, ist ein Zusammenschluss von rund 200 internationalen Unternehmen, der sich ausschließlich mit der nachhaltigen Entwicklung der Wirtschaft beschäftigt und Unternehmen eine Plattform bieten will, „um gemeinsam Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung zu sondieren sowie Wissen, Erfahrungen und Best Practice auszutauschen“. An der in der Studie dargelegten Vision „von einer Welt, die 2050 auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist, seien 29 Mitgliedsunternehmen des World Business Councils aus 14 Branchen beteiligt gewesen.

Wie sieht eine nachhaltige Welt im Jahr 2050 aus?

Bereits in 40 Jahren würden 30 Prozent mehr Menschen auf der Erde leben. Das sei – wirtschaftlich betrachtet – zwar positiv, „weil dieses Wachstum auch Milliarden neuer Konsumenten bedeutet, die Wohnungen, Autos und Fernsehgeräte brauchen“. Es habe aber auch Nachteile, „weil es durch die knapper werdenden Ressourcen und die mögliche Erderwärmung schwieriger wird, dass alle neun Milliarden Menschen jenen konsumorientierten Lebensstil erreichen oder halten, der dem heutigen Wohlstand in den reichen Ländern entspricht“. Die Vision, so die Autoren, zielt auf einen Lebensstandard ab, „bei dem die Bildung, Gesundheit, Mobilität, grundlegende Güter wie Nahrung, Wasser, Energie und Wohnraum sowie Konsumgüter für alle zugänglich und leistbar sind“.

Das Wachstum der Weltbevölkerung beginne dann auch zu stagnieren. „Die Hauptgründe dafür sind Bildung, wirtschaftliche Emanzipation von Frauen und zunehmende Urbanisierung.“ Mehr als sechs Milliarden Menschen, also zwei Drittel der Weltbevölkerung, würden 2050 in den Städten leben. Alle Menschen könnten ihre Grundbedürfnisse decken, wozu auch gehöre, „in Würde zu leben und einen passenden Platz im Gemeinwesen einzunehmen“.

„Obwohl Länder und Kulturen unterschiedlich und vielfältig bleiben, sind die Menschen durch höhere Schulbildung und weltweite Kommunikationsmöglichkeiten besser über die Situation der Erde und der Weltbevölkerung informiert. Das Ideal ‚Eine Welt: eine Menschheit, eine Erde‘ wird nunmehr weltweit akzeptiert und umgesetzt. Es bringt zum Ausdruck, dass die Menschen voneinander und von der Erde abhängig sind. Es gibt auch weiterhin Konflikte, Katastrophen, Krisen, Verbrechen und Terror, aber die Gesellschaften sind belastbar und erholen sich rasch von negativen Ereignissen.“

Das Wachstum der Wirtschaft habe „nicht länger die Zerstörung der Ökosysteme und einen hohen Materialverbrauch zur Folge“. Die Gesellschaft habe dann auch „ihre Vorstellung von Wohlstand und von erfolgreichem Leben neu definiert, ebenso die Grundlagen von Gewinn und Verlust, Fortschritt und Wertschöpfung“. Auch wirtschaftlich sehe die Welt anders aus als zur Jahrhundertwende. Der Begriff „Entwicklungsland“ werde nur noch selten verwendet, „da die meisten Volkswirtschaften bereits hoch entwickelte Länder oder Schwellenländer sind“. Asiatische und amerikanische Staaten spielten im internationalen Handel,

im Finanzsystem, bei Innovation und Regulierung „eine wichtigere Rolle und legen Normen für diese Bereiche gemeinsam mit Staaten fest, die schon im vorigen Jahrhundert erfolgreich waren“. Kapital, Ideen, Know-how und Lösungen verbreiteten sich in alle Teile der Welt.

Die Schadstoffemissionen seien bereits „wesentlich gesenkt“ worden, und der CO²-Ausstoß der Gesellschaft sei „durch effiziente Verwendung von sauberen Energieträgern und Rohstoffen gesunken. Geschlossene Wiederverwertungskreisläufe und die Vernetzung von Unternehmen und Standorten tragen dazu bei, dass die Menschen gut und im Einklang mit den begrenzten Ressourcen der Erde leben können und dass Industrieunternehmen erfolgreich sind“.

Wie kann die Vision Wirklichkeit werden?

Für den Entwicklungspfad, den die Autoren der Studie aufzeigen, seien „Verhaltensänderungen und gesellschaftliche Erneuerung“ genauso wichtig wie bessere Lösungen und technische Innovationen. Als entscheidende Schritte auf dem Entwicklungspfad bis 2050 werden genannt:

- die Auseinandersetzung mit den Entwicklungsbedürfnissen von Milliarden Menschen, Förderung von Bildung und wirtschaftlicher Emanzipation – vor allem von Frauen – und die Entwicklung von umweltschonenden Lösungen, Lebensweisen und Verhaltensweisen;
- die Berücksichtigung der Kosten externer Faktoren, beginnend mit CO², Ökosystemdienstleistungen und Wasser;
- die Verdoppelung des landwirtschaftlichen Ertrags bei gleich bleibender Fläche und Wassermenge;
- ein Ende der Abholzung der Regenwälder und die Ertragssteigerung bei künstlich angelegten Wäldern;
- die Halbierung der globalen CO²-Emissionen bis 2050 (gegenüber 2005), und sinkende Treibhausgasemissionen nach einem Höhepunkt 2020 durch Umstieg auf Klima schonende Energiesysteme und „massiv erhöhte nachfrageseitige Energieeffizienz“;
- die weltweite Verfügbarkeit „Klima schonender Mobilität“;
- eine vier bis zehn Mal effizientere Nutzung von Roh- und Werkstoffen.

Durch diese und weitere Veränderungen könne es gelingen, „2050 die Naturressourcen von nur etwas mehr als einer Erde zu verbrauchen, während wir bei Fortführung unserer heutigen Lebensweise 2,3 Mal so viel verbrauchen würden“.

Die Autoren gehen davon aus, „dass sich aus der Umsetzung von Nachhaltigkeit in den Bereichen Naturressourcen (inkl. Energie, Land- und Forstwirtschaft, Nahrungsmittel, Wasser und Metalle) und Gesundheit & Bildung (d. h. gesellschaftliche Nachhaltigkeit)“ wachsende Zusatzgeschäfte ergeben werden. Schätzungsweise könnten diese 2050 einen Wert von der bis zehn Billionen US-Dollar (auf Basis des Preisniveaus von 2008) bzw. 1,5 bis 4,5 Prozent des dann erwirtschafteten weltweiten BIP erreichen. Schon 2020 könne dieser Wert (auf Basis des Preisniveaus von 2008) bei 0,5–1,5 Billionen US-Dollar liegen, „wenn man davon ausgeht, dass die Möglichkeiten linear und parallel zu dem BIP wachsen“.

Strategische Herausforderungen für die Wirtschaft

In einer Gesellschaft, die eine nachhaltige Zukunft anstrebt, werden die Unternehmen eine Hauptrolle spielen. Manche der Unternehmen würden sich „freiwillig ändern und anpassen“, für andere wird der Wandel eine große Herausforderung sein. Vor allem aber müssten die Unternehmen auf dem Weg zur Vision 2050 „enger als je zuvor mit Regierungen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten“. Geklärt werden müsse vor allem:

- welche neuen wirtschaftlichen Chancen sich aus der Vision 2050 für das kommende Jahrzehnt ergeben. An den Antworten, die auf diese Frage gefunden werden, sollten Unternehmen ihre interne Planung ausrichten: Sie sollten entsprechende strategische Prioritäten setzen, erforderliche Fähigkeiten und Fertigkeiten stärken, die Geschäftsentwicklung entsprechend gestalten und die notwendigen Schwerpunkte in ihrem Portfolio setzen.
- welche neuen Schwerpunkte die Wirtschaftsunternehmen – gestützt auf eine Überprüfung ihrer geschäftlichen Möglichkeiten und eine Analyse der notwendigen Beiträge von Regierungen und anderen Interessengruppen zur wirtschaftlichen Entwicklung – bei der Gestaltung externer Beziehungen setzen müssten. An den Antworten auf diese Frage könnten sich Unternehmen in der externen Planung orientieren und entsprechende Prioritäten in den Beziehungen zu verschiedenen Interessengruppen setzen. Für die Wirtschaftsverbände müssten entsprechende neue Themen und Aufgaben festgelegt werden.
- wie man – „basierend auf den Handlungen anderer Interessengruppen und den bei Risiko- und Wild Card-Analysen identifizierten Risiken“ – künftig die neuen Risiken überwachen und die Auseinandersetzung mit ihnen führen soll.

Die Studie des World Business Council for Sustainable Development „Vision 2050. The new agenda for business“ (80 S.) und eine deutschsprachige Kurzfassung (24 S.) dazu finden sich im Internet unter <http://www.wbcsd.org/Plugins/DocSearch/details.asp?DocTypeId=25&ObjectId=MzczOTc>.

Die Weltwirtschaftsordnung 2050

Die Gewichtsverteilung innerhalb der globalen Wirtschaftsordnung wird sich in den kommenden Jahren grundlegend verändern: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird China im Jahr 2050 die mit Abstand größte Wirtschaftsmacht sein, gefolgt von den USA und Indien. Schwellenländer wie Brasilien, Russland, auch Mexiko und Indonesien rücken zudem im weltweiten Wirtschaftsranking weit nach vorn, während etablierte Industriestaaten wie Deutschland und Frankreich an Bedeutung verlieren. Das geht aus der Studie „The World in 2050“ hervor, die die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC erstellt hat.

Die Wirtschaftsleistung der E7- und G7-Staaten

Im Jahr 2050 werde das Bruttoinlandsprodukt der so genannten E7-Staaten (Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland und die Türkei) um fast zwei Drittel über dem der so genannten G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) liegen. Heute erreichten die E7-Staaten rund 36 Prozent der Wirtschaftsleistung der

führenden Industrienationen. Bewerte man die Wirtschaftsleistung der Staaten in Kaufkraftparitäten statt zu Marktwechsellkursen, so sei das Bruttoinlandsprodukt der E7-Staaten im Jahr 2050 voraussichtlich sogar doppelt so groß wie das der G7.

Bis 2050 gebe es auf Ebene der Nationalstaaten „klare Auf- und Absteiger“:

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bis 2050 (Quelle: Weltbank, PwC-Berechnungen)

Rang 2009	Land	BIP in Mrd. USD (Kurs 2009)	Rang 2050	Land	BIP in Mrd. USD (Kurs 2009)
1	USA	14.256	1	China	51.180
2	Japan	5.068	2	USA	37.876
3	China	4.909	3	Indien	31.313
4	Deutschland	3.347	4	Brasilien	9.235
5	Frankreich	2.649	5	Japan	7.664
6	Großbritannien	2.175	6	Russland	6.112
7	Italien	2.113	7	Mexiko	5.800
8	Brasilien	1.572	8	Deutschland	5.707
9	Spanien	1.460	9	Großbritannien	5.628
10	Kanada	1.336	10	Indonesien	5.358
11	Indien	1.296	11	Frankreich	5.344

Konsequenzen für die G7-Staaten

Die Folgen dieser Entwicklung seien „vielschichtig und schwer zu überblicken“. Einerseits dürften mit dem wirtschaftlichen Erstarken der Schwellenländer neue Global Player entstehen, „die mit Konzernen aus den etablierten Industriestaaten um Märkte und Rohstoffe konkurrieren“. Andererseits schaffe der wachsende Wohlstand in den E7-Staaten neue Absatzmärkte für Unternehmen der G7-Staaten. Der Aufstieg der E7-Staaten setze die Regierungen der G7-Staaten unter Druck: „Sie müssen möglichen Arbeitsplatzverlusten in nicht mehr konkurrenzfähigen Branchen begegnen und den Strukturwandel vorantreiben, wobei allerdings die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen die Handlungsspielräume einschränkt“.

Fortbestehen des Wohlstandsgefälles

Das Wohlstandsgefälle zwischen den G7- und E7-Staaten bleibe aber groß, da das deutlich höhere Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern mit einem starken Bevölkerungswachstum einhergehe. Damit steige das Pro-Kopf-Einkommen wesentlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt insgesamt.

Selbst bei einem Vergleich auf Basis der Kaufkraftparität dürfte beispielsweise das BIP je Einwohner in China bis 2050 nur von

heute 14 Prozent auf 45 Prozent des US-Niveaus steigen.

Entwicklung des relativen Pro-Kopf-Einkommens (USA = 100) (Quelle: Weltbank, PwC-Berechnungen)

	2009	2030	2050
USA	100	100	100
Japan	71	78	79
Deutschland	79	80	82
Großbritannien	81	83	87
Frankreich	76	79	83
Italien	71	74	74
Kanada	84	83	83
China	14	33	45
Indien	7	15	28
Brasilien	22	31	41

Eine deutschsprachige Mitteilung von PwC über die Studie „The World in 2050“ findet sich unter der Adresse <http://www.pwc.de/de/pressemitteilungen/2011/neue-weltwirtschaftsordnung-2050-china-fuehrt-indien-folgt-knapp-hinter-den-usa.jhtml>.

Die Originalfassung der Studie von John Hawksworth und Anmol Tiwari (PwC London) mit dem Titel „The World in 2050. The accelerating shift of global economic power: challenges and opportunities“ (25 S.) ist unter http://www.pwc.co.uk/eng/publications/vision_2050_PwC_economic_estimates.html zu finden.

Ökologie

100 Prozent saubere Energie bis 2050 möglich

„Sicher, sauber und bezahlbar soll sie sein, die weltweite Energieversorgung der Zukunft. Ein neuer Report des WWF zeigt, dass diese Vision keine Utopie sein muss“. Das berichten der WWF Deutschland, Berlin (<http://www.wwf.de/>), der WWF Österreich, Wien (<http://www.wwf.at/>) und andere über den WWF Energy Report. Darin entwickeln das international tätige Institut für Energieforschung Ecofys, Utrecht (<http://www.ecofys.com/>), und das Office for Metropolitan Architecture, Rotterdam (<http://www.oma.eu/>), ein Szenario, nach dem sich – „auch bei Wirtschaftswachstum und steigenden Bevölkerungszahlen“ – der weltweite Energiebedarf bis 2050 allein durch die Anwendung bereits vorhandener Technologien und strenger Nachhaltigkeitskriterien (z. B. beim Einsatz von Biomasse) „nahezu ausschließlich aus erneuerbaren Quellen“ decken lasse. „Grüne Technik, Energieeffizienz und intelligente Stromnetze sollen helfen, von Öl, Gas, Kohle und Atomenergie weg zukommen.“ Dem Report zufolge könnte der globale Ausstoß an Treibgasen um mehr als 80 Prozent gesenkt werden. Auf diese Weise werde der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur „bis Ende des Jahrhunderts unter zwei Grad gehalten“.

Wind und Sonne können Dreiviertel des Stromes liefern

Bis 2050 könne dem Szenario zufolge ca. die Hälfte der benötigten Stromversorgung durch Solarkraft gedeckt werden, ein Viertel der Stromversorgung durch Windkraft. Bis zum Jahr 2050 könnten danach solarthermische Kraftwerke (Gesamtkapazität: 1.500 Gigawatt) bis zu 7.800 Terawattstunden Strom erzeugen. Diese Leistung liege wesentlich über der, die alle heute existierenden 439 Atomkraftwerke zusammen erbringen. Die Experten setzen vor allem auf das Konzept „DESERTEC“, das vorsieht, im Nahen Osten und in Nordafrika mit Hilfe solarthermischer Kraftwerke und auch von Windkraft die Stromerzeugung und gleichzeitig auch die Entsalzung von Meerwasser kräftig voranzutreiben. Um die von den Experten für 2050 angestrebte höhere Stromerzeugung aus Windkraft zu realisieren, wäre gegenüber dem heutigen Stand bei Windkraftanlagen „ein Zubau von 13 Prozent“ erforderlich. Auf dem Land werde dafür rund eine Million Windräder benötigt und in Offshore-Parks rund 100.000.

Schlüsselrolle: Energieeinsparung und Energieeffizienz

Im Report wird darauf verwiesen, dass in den Gebäuden, im Verkehrswesen und in der Industrie noch ein enormes Einsparpotenzial an Energie schlummere, das es zu erschließen gelte. Fast alle Bereiche der Wirtschaft müssten auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Um bis 2050 von „unsauberen“ Energiequellen wegzukommen, seien verstärkt „Kreislaufwirtschaftsprozesse“ und die Elektrifizierung des privaten und öffentlichen Verkehrs bzw. die Umstellung von Flug- und Schiffsverkehr auf flüssigen Biosprit notwendig.

Die Experten gehen davon aus, dass die globale Nachfrage nach Energie bis zum Jahr 2050 um rund 15 Prozent sinken werde. Große Bedeutung erlangten dabei so genannte intelligente Stromnetze, die flexibel auf Angebot und Nachfrage reagieren könnten.

Im Szenario werde vorgerechnet, „dass sich die zusätzlichen Kosten für Investitionen in erneuerbaren Energien bis 2040 mit dem Nutzen aus eingesparten Energiekosten und Effizienzgewinnen die Waage halten“. Die Kosten für die Umstellung der

Energiesysteme beliefen sich in den kommenden 25 Jahren auf bis 3,5 Billionen Euro jährlich und würden somit insgesamt „nie mehr als zwei Prozent des Welt-Bruttoinlandsproduktes“ betragen. „Ab dem Jahr 2040 dreht sich dann jedoch die Kostenspirale um und der ökonomische Gewinn steigt bis 2050 auf vier Billionen Euro im Jahr.“

Verbindlicher Aktionsplan nötig

„Erneuerbare Energie ist nicht die beste Wahl, es ist die einzige“, betont Patrick Hofstetter, der Leiter Klima und Energie beim WWF Schweiz. Der WWF halte, um die notwendigen Umstellungen in der Weltwirtschaft zu erreichen und dem Klimawandel effektiv begegnen zu können, einen „verbindlichen Aktionsplan der Weltgemeinschaft“ für unerlässlich. Dazu müssten die Verantwortlichen in der Politik aber begreifen, „dass der vorgeschlagene Weg in eine nachhaltige Zukunft für die Menschheit schon heute beschlossen werden muss, um die Weichen frühzeitig stellen zu können“.

Die englischsprachige Originalfassung der WWF-Studie „The Energy Report. 100 % renewable energy by 2050“ (256 S.) ist u. a. unter den Adressen: <http://www.wwf.de/downloads/publikationsdatenbank/> und <http://wwf.at/de/menu45/subartikel1724/> im Internet zu finden.

Umweltbundesamt analysiert Abfälle im Meer

Nicht nur Ölkatastrophen wie im Golf von Mexiko, auch Abfälle zerstören die Meere. Die „marinen Abfälle“ stellen heute „ein gravierendes ökologisches, ökonomisches und ästhetisches Problem“ dar. „Tonnenweise lagern sich Plastiktüten, Styroporreste oder alte Fischernetze ab. Allein in der Nordsee befinden sich schätzungsweise 600.000 Kubikmeter Müll auf und im Meeresboden. Der Großteil der Nordsee-Abfälle stammt von Schiffen und aus der Fischerei, er gelangt auch durch Flüsse und den Tourismus in die Meere. Viele Meereslebewesen werden direkt gefährdet“. Das konstatiert der Hintergrundbericht „Abfälle im Meer“ des Umweltbundesamtes, Dessau-Roßlau (<http://www.umweltbundesamt.de/>). Es sei höchste Zeit, „endlich effektive Strategien gegen den Meeresmüll zu entwickeln“. In dem Bericht werden die Auswirkungen von Abfällen im Meer dargestellt, die Hauptverursacher („Eintragsquellen“) genannt und Maßnahmen „zur Verringerung des Eintrags von Abfällen“ aufgelistet.

Was ist Meeresmüll?

Unter dem Begriff „marine Abfälle“ werden laut dem Umwelt-Programm der Vereinten Nationen „alle langlebigen, gefertigten oder verarbeiteten beständigen Materialien“ verstanden, die durch Wegwerfen oder als herrenloses Gut in die Meeresumwelt gelangen“. Diese Definition schließt ein:

- Müll, der vom Land aus ins Meer gelangt (durch Abwässer, Mülldeponien, illegale Müllbeseitigung an der Küste, durch Tourismus und Freizeitaktivitäten);
- Müll, der von Schiffen (inklusive Fischereifahrzeugen), Aquakultur- und Offshoreanlagen ins Meer oder an die Küste gelangt.“

„Mariner Abfall“ finde sich an der Meeresoberfläche, auf dem Grund und an den Stränden. Durch die Wellen und Strömungen verteile sich der Müll „weltweit über den gesamten Globus“. Ein sehr großes Problem beim Kampf gegen diese Umweltverschmutzung ergebe sich daraus, „dass der größte Anteil (über 38 Prozent) des globalen (Meeres-) Müllaufkommens keiner genauen Quelle zugeordnet werden kann“.

Das Gefährdungspotenzial des Meeremülls

Etwa 70 Prozent des Meeremülls würden absinken und sich im oder auf dem Meeresboden ablagern. Dieser „marine Abfall“ besitze „ein ernstes Gefährdungspotenzial für Meereslebewesen“. Dazu zählten beispielsweise „das Verheddern in Müllteilen und die orale Aufnahme, mit dem Risiko des Erstickens und Verhungerns der Meereslebewesen“. Das Verfangen in den Netzen, Angelleinen, Tauen oder Plastikmaterial – „etwa Six-Pack-Verpackungen oder Plastikbeuteln“ – bilde zudem „eine signifikante Gefahr für Seevögel, Schildkröten, Delfine, Wale und andere marine Lebewesen“. Betroffen seien vor allem Arten, die nahe an oder auf der Meeresoberfläche leben. Es gebe 136 „marine Arten“, „die sich regelmäßig in Müll verfangen (darunter sechs Arten von Meeresschildkröten, 51 Arten Seevögel und 32 Arten marine Säuger). „Mariner Müll“ führe zu Verlusten in der Biodiversität.

Plastikmüll sei mit etwa 70 Prozent des „eingetragenen Abfalls“ ein ganz besonderer Faktor, „denn die Abbauphase beträgt hier bis zu 450 Jahre“. Das werde nur noch von Aluminiumdosen überboten, die bis zu 500 Jahre für ihren Abbau benötigten. Der Plastikmüll werde beim Abbau durch physikalische, biologische und chemische Prozesse in immer kleinere Teile zersetzt. Diese mikroskopisch kleinen Partikel konzentrierten gefährliche Chemikalien auf ihrer Oberfläche und stellten so „eine potenzielle Eintragsroute für diese Stoffe in das marine Nahrungsnetz“ dar.

Die Hauptverursacher

Zahlreiche Studien würden die Schifffahrt und die Fischerei als „die wichtigsten Eintragswege marinen Mülls in die Gewässer“ benennen. Der Zusammenhang zwischen der Dichte des Schiffsverkehrs und der „Müllsdichte“ sei längst bewiesen. Und etwa ein Zehntel des gesamten Mülls in Weltmeeren – das seien rund 640.000 Tonnen – gehe zu Lasten „im Wasser treibender oder auf den Grund gesunkener Fischereiausrüstungen“. Dazu zähle man z. B. verlorene Netze („Geisternetze“) und Angelschnüre mit Haken. Sie verblieben noch jahrelang im Wasser.

Zustand der Ostsee

In der „baltischen Meeresumwelt“ werde bislang „mariner Abfall nicht als ein wesentliches Problem betrachtet“. Allerdings bestehe hier noch ein Defizit an verlässlichen Daten. In den Anrainerstaaten der Ostsee variierten die aufgesammelten Müllmengen „zwischen 2 und 328 Kilogramm (4 - 181 Stück) pro 500 Meter Küstenabschnitt“. Die höchsten Abfallmengen hätten „700 und 1.200 Stück pro 100 m Küstenlinie“ betragen und sei vergleichbar mit den Mengen, die an der nördlichen Nordsee gefunden würden. 1996 habe man in den Gewässern der westlichen Ostsee mit Schleppnetzen versucht, den Müll am Meeresboden zu quantifizieren. „Mit 1,26 ± 0,82 Stück pro Hektar waren die Zahlen mit den Ergebnissen aus der Nordsee vergleichbar“. In schwedischen Studien wurde berichtet, dass man im Jahr 2004 in Fischfanggebieten 24 Kilometer „Geisternetze“

gefunden habe, „die die marine Fauna insgesamt und ohnehin bedrohte Arten zusätzlich gefährden“.

Zustand der Nordsee

Es werde geschätzt, dass sich „600.000 m³ Müll auf und im Meeresboden der Nordsee“ befinden. Etwa 20.000 Tonnen Abfall würden jährlich in die Nordsee „eingetragen“. Davon würden sich etwa 15 Prozent im Wasser, 70 Prozent auf dem Meeresboden und 15 Prozent an den Stränden ablagern. In der niederländischen Nordsee registrierte man „zu jeder Zeit 6,6 Millionen Müllteile (8.600 t)“.

Weiteren Aufschluss über die Müllmengen liefere ein Pilotprojekt der Kommission für den Schutz und Erhalt des Nordatlantiks (OSPAR). Danach wiesen die Strände der OSPAR-Region durchschnittlich 712 Müllteile pro 100 Meter Küstenlinie auf. 59 Prozent des gefundenen Mülls seien aus Plastik und / oder Styropor. In den Mägen von 95 Prozent der verendeten Eissturmvögel habe man im Schnitt 31 Plastikteile gefunden. Beobachtungen auf Helgoland hätten ergeben, „dass sich die Todesrate der in Netzresten verstrickten Basstölpel auf 29 Prozent an den Totfunden und Lebendverletzten beläuft“.

Hohe Folgekosten

Die Verunreinigung der Meere und Küsten habe „eine große Bandbreite an Effekten“ und bürde den Gemeinden „immense Kosten“ auf. Die Fischerei erleide durch Abfallstücke Schäden an Netzen und Booten. Betreiber von Aquakulturen hätten hohe Kosten für die Säuberung der Käfige von Müll zu tragen. Beherbergungsbetrieben blieben wegen unsauberer Strände die Gäste weg. Die Schifffahrt müsse einen wachsenden Aufwand bei der Reinigung der Häfen betreiben. Energieerzeuger müssten häufiger die Filter ihrer Anlagen reinigen. Auch Maßnahmen des Hochwasserschutzes litten unter dem Müll. Das Nutzvieh auf den Inseln komme durch Aufnahme von Müll zu Schaden. Die Kosten für die Erhebungen der Müllbelastung und für Aufklärungsprogramme müsse man ebenfalls hinzurechnen.

Die Kosten für die Strandsäuberungen in den Küstengemeinden der Nordsee beliefen sich „auf etliche Millionen Euro jährlich“. In Ostholstein entstünden Kosten zwischen 750.000 und 1,2 Millionen Euro jährlich. Die Reinigung des fast sieben Kilometer langen Westerländer Badestrands auf Sylt, an dem täglich bis zu zwei Tonnen Müll anfielen (was jährlich ca. 23 000 Müllsäcken entspreche), werde aus der Kurabgabe finanziert. Andernorts seien die finanziellen Belastungen der Kommunen ähnlich hoch. Auf den Shetland Inseln beliefen sich die Kosten durch den „marinen Abfall“ auf rund sechs Millionen Euro im Jahr.

Maßnahmen und Empfehlungen

Das Umweltbundesamt tritt für eine genaue und systematische **Überwachung der „Spülsäume“** (der Uferbereiche, in denen Material abgelagert wird) ein. „Während der Erfassungen können weiterhin parallel gestrandete Seevögel geborgen, verpackt, etikettiert (...) und auf die Todesursache hin untersucht werden.“

Das **Monitoring des schwimmenden Mülls** könne „nur über kontinuierliche Befliegungen erfolgen“, wie sie ohnehin im Rahmen von Wal-Flugzählungen erfolgten. Aus den Daten dieser Zählungen und aus Daten der automatisierten Fischereiüberwachung „ließen sich Korrelationen zwischen Müllvorkommen und Schiffsdichte herstellen“. Als geeigneter Indikator für die Belastung der Nordsee mit Plastikmüll wurde der Eissturmvogel gewählt, „weil er ein typischer Hochseevogel ist, der in der Nordsee weit verbreitet und häufig vorkommt, seine Nahrung überwiegend an der Meeresoberfläche aufnimmt und dabei auch umher treibende Müllteile frisst. Die entnommenen Magenproben der toten Vögel sollen auch künftig analysiert, „die gefundenen Müllpartikel sortiert, kategorisiert und gewogen“ werden, um den Belastungsstatus festzustellen und Müllquellen zu identifizieren. Für das Müll-Monitoring kämen künftig auch „in Müll verfangene / verhedderte Basstölpeln und Heringsmöwen“ in Betracht.

Untersuchungen zum Müll am Meeresboden, wie man sie seit vielen Jahren in der deutschen Nordsee mit verschiedenen Netztypen durchführt, sollen fortgeführt werden. Regelmäßigen Untersuchungen zu den Fischbeständen im Freiwasser, für die Schleppnetze eingesetzt werden, könnten zugleich auch für **Untersuchungen des Mülls in der Wassersäule** genutzt werden. In Flachwasserbereichen, wo die Schleppnetze nicht zum Einsatz kommen können, halte man „systematische Tauchuntersuchungen“ für sinnvoll. Bei den mit Unterwasserkameras überwachten Seekabeln könnten während der Video-Aufnahmen zugleich auch Müllteile mit erfasst werden. Geprüft werden sollte, ob die Entwicklung einer Monitoring-Strategie für Mikroplastikteile im Wasser und in Sedimenten erforderlich ist.

In der **Schifffahrt und Fischerei** könnten „die Anwendung des Prinzips ‘Verursacher zahlt’ und die Identifizierung der wahren Kosten des marinen Abfalls“ erfolgreich „zum Adressieren der Problematik beitragen“. Gegenwärtig konzentrierten sich die Maßnahmen „teilweise auf Vorsorge (Abnahme des Mülls in Häfen), vor allem aber auf Nachsorge (Sammeln im Meer und am Strand)“. Anzustreben sei „eine deutliche Verstärkung der Vorsorge“, da „Sammlungen in den Meeresökosystemen deutlich aufwendiger und damit kostspieliger sind“. Die Nachsorge erreiche auch nur einen Teil des Mülls, „der Großteil verbleibt in der Umwelt“. Die Müllmenge auf See ließe sich reduzieren „durch verstärkten Einsatz von Recycling-, Dosier- und Nachfüllsystemen, etwa für Reinigungsmittel und Verpackungen. Auch durch Mülltrennung, eine Volumenreduzierung der Reststoffe an Bord („Müllpresse, nicht Schredder, denn dann ist der Müll nicht mehr identifizierbar“) sowie ausreichend Stauraum für die Abfälle. Diese Faktoren können das – illegale – Einbringen reduzieren.“ Neben diesen technischen Verbesserungen sei vor allem „die Sensibilisierung und Schulung des Bordpersonals entscheidend“. Solange aber die Müllannahme in europäischen Häfen „nicht generell kostenfrei gestellt wird“, werde sich die Einstellung der Seeleute nur schwer ändern lassen.

Das Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes „Abfälle im Meer. Ein gravierendes ökologisches, ökonomisches und ästhetisches Problem“ (16 S.) ist unter

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3900 zu finden.

Kommunikation

Große Unternehmen erhöhen Interaktivität im Social Web

Die größten Unternehmen der Welt bauen ihren Einsatz im Bereich Social Media aus und agieren in sozialen Online-Netzwerken stärker mit anderen Nutzern als noch im Vorjahr. Sie sprechen häufiger als andere Firmen die Mitglieder von Internet-Netzwerken an und reagieren auf deren Anfragen und Kommentare. Asiatische Unternehmen schließen in diesem Feld „rasant“ zu den bislang führenden westlichen Firmen auf. Die deutschen Unternehmen dagegen schöpfen das Potenzial des Social Webs „weniger gut aus als die internationale Konkurrenz“. Dies zeigt ein „Global Social Media Check-Up“ unter den Fortune Global 100-Unternehmen. Davon befinden sich 32 in den USA, 47 in Europa (darunter Deutschland: 11), 18 in Asien und im pazifischen Raum und drei in Lateinamerika. Burson-Marsteller Deutschland, Frankfurt/M. (<http://burson-marsteller.de/>) informiert auf seiner Internetseite darüber, dass die international agierenden Public Relations Agenturen und Unternehmensberatungen für Kommunikation von Burson-Marsteller einen solchen Check-Up bereits zum zweiten Mal durchgeführt und zwischen November 2010 und Januar 2011 alle Aktivitäten dieser Großunternehmen auf Twitter, Facebook, YouTube sowie alle Unternehmensblogs analysiert hätten.

Social Media-Aktivitäten der größten Unternehmen

Das größte Wachstum der Social Media-Aktivitäten habe man in Asien registriert: Etwa zwei Drittel der umsatzstärksten Firmen aus dieser Region seien auf mindestens einer Social Media-Plattform aktiv (2010: 50 Prozent). Bei den europäischen und US-amerikanischen Großunternehmen hätten sich diese Aktivitäten „auf hohem Niveau stabilisiert (89 bzw. 84 Prozent)“. Den größten Zuwachs unter den Plattformen könne der Kurznachrichtendienst Twitter verzeichnen, „dessen Verwendung durch die Unternehmen innerhalb eines Jahres von 65 Prozent auf 78 Prozent anstieg“. Auch Facebook, wo die Aktivitäten der Großunternehmen von 54 auf 61 Prozent zunahmen, und YouTube (50 auf 57 Prozent) lägen noch vor den Unternehmensblogs, wo die Aktivitäten nur von 33 auf 36 Prozent zugenommen hätten.

Bereitschaft zur dialogorientierten Interaktion wächst

Mehr als zwei Drittel (67 Prozent) der 100 umsatzstärksten Firmen der Welt „verwenden die öffentlich sichtbare Antwort-Funktion auf Twitter“. Über die Hälfte der Unternehmen (57 Prozent) gebe Inhalte anderer Nutzer an die eigenen „Follower“ weiter, also an jene Twitter-Abonnenten, die den Kanal des Unternehmens auf dem sozialen Netzwerk verfolgen. Dies entspreche einer Zunahme von 78 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf Facebook erlaubten 74 der 100 größten Unternehmen Kommentare auf ihren Nachrichtenseiten. Über die Hälfte der Firmen (57 Prozent) würden „solche Botschaften“ auch beantworten. 25 Prozent der Fortune Global 100 Unternehmen setzten alle analysierten Plattformen ein. Europäer seien in dieser Hinsicht „zurückhaltender“. Europäische Unternehmen konzentrierten sich häufig nur „auf eine oder zwei Plattformen der sozialen Online-Welt“.

Social Media-Aktivitäten deutscher Großunternehmen

In Deutschland spielten vor allem Facebook und Twitter in der Unternehmenskommunikation eine Rolle. Aus der Studie gehe hervor, dass derzeit bereits alle deutschen Vertreter der Fortune Global 100-Liste (das seien Allianz, BASF, BMW, Daimler,

Deutsche Post, Deutsche Telekom, E.on, Metro, Munich Re, Siemens und Volkswagen) den Nachrichtendienst Twitter einsetzen. Mit durchschnittlich rund 2.400 „Followern“ bleibe die Reichweite aber deutlich unter dem internationalen Mittelwert von über 5.000 „Followern“ pro Twitter-Konto zurück. Ähnlich verhalte es sich auf anderen Plattformen. Neun der elf deutschen Großunternehmen hätten eine eigene Facebook-Seite. Die Anzahl der Fans liege aber mit durchschnittlich 39.000 weit unter der ausländischer Großunternehmen (rund 88.000).

Fazit der Experten

Social Media habe „die Kommunikation der Unternehmen auf den Kopf gestellt“, schlussfolgert Karl-Heinz Heuser, CEO von Burson-Marsteller Deutschland. Jetzt würden die größten Firmen der Welt lernen, „mit der Interaktivität der neuen Plattformen umzugehen“ und etablierten sich „im digitalen Beziehungsnetz vieler Menschen“. Im nächsten Schritt gelte es, soziale Netzwerke so einzusetzen, „dass das Engagement einen nachhaltigen und nachweisbaren Beitrag zum Unternehmenserfolg leistet“.

Die Originalfassung der erwähnten Studie „The Global Social Media Check-up 2011“ (43 S.) ist unter <http://burson-marsteller.de/2011/02/groeste-unternehmen-der-welt-lernen-richtig-twittern/> zu finden.

Social Media: In der Geschäftswelt angekommen

Über drei Viertel der Unternehmen in Deutschland räumen der Meinungsbildung in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder Xing „eine wesentliche Bedeutung für ihr eigenes Geschäft“ ein. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt der aktuelle „SID/FIT Social Media Report 2010/11“, der von Experten der Software-Initiative Deutschland e.V. (SID), des Deutschen Social Media Forums (DSMF), des Fraunhofer Instituts für Angewandte Informationstechnik (FIT) und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg (Fachbereich Elektrotechnik, Maschinenbau und Technikjournalismus - EMT) erarbeitet worden ist. Dass sich „nur Jugendliche“ in Social Networks tummelten und Firmen diesem Phänomen „mehr oder minder hilflos gegenüber stehen“, sei „längst eine Mär“, erklärt Dieter Böttcher, Mitglied im Präsidium der Software-Initiative Deutschland.

Über die Hälfte aller Firmen setzt soziale Netzwerke für geschäftliche Zwecke ein

58 Prozent der befragten Führungskräfte hätten erklärt, in ihrem Unternehmen würden Social Media-Plattformen geschäftlich genutzt. Auf die Frage, wann „der unternehmerische Social Media-Einstieg geplant“ sei, hätten 14 Prozent geantwortet: „Innerhalb der nächsten sechs Monate“, 48 Prozent: „Innerhalb der nächsten 12 Monate“, 26 Prozent: „Innerhalb der nächsten 18 Monate“, acht Prozent: Innerhalb der nächsten anderthalb Jahre“ und lediglich vier Prozent: „Voraussichtlich gar nicht“.

Wichtigste Zielsetzungen der Unternehmen

Auf der Rangskala der Unternehmen für die Nutzung von Social Media-Netzwerken liege der rasche Informationsaustausch auf Platz 1. An zweiter Stelle folge das „zielgruppenorientierte Marketing“, an dritter Stelle „das Konzept, Social Media als Kanal für den Kundensupport“ einzusetzen. „Recht weit hinten“ in der Rangskala der Ziele liege „die Steigerung der Prozesseffizienz“, so die

Studie.

Wer ist verantwortlich?

Die Nutzung von Social Media sei „oft nicht direkt Chefsache“. Bei 45 Prozent der Unternehmen seien „Facebook, Twitter & Co.“ in der Pressestelle oder in der Abteilung PR angesiedelt, die allerdings meist den Vorständen oder den Geschäftsführungen direkt unterstellt seien. In 33 Prozent der Unternehmen kümmerten sich die Bereiche Marketing und Vertrieb um die sozialen Netzwerke. Die IT-Abteilung sei nur in 11 Prozent der Firmen mit dieser Aufgabe befasst. „Die Idee, von der eigenen IT interne soziale Netzwerke für das betriebliche Wissensmanagement aufbauen zu lassen“, sei noch nicht verbreitet, konstatiert SID-Präsidiumsmitglied Dieter Böttcher. Dennoch nutzten, wie die Studie belege, immerhin ein knappes Drittel der Firmen Netzwerke wie Facebook auch für die betriebsinterne Kommunikation.

Wesentliche Hürden

Die größten Hindernisse für die Nutzung von Social Networks für geschäftliche oder berufliche Zwecke würden sich bisher – nach Meinung von 76 Prozent der Befragten – aus dem Thema „Datensicherheit“ ergeben. Ebenfalls hoch sei die Angst vor dem Verrat von Geschäftsgeheimnissen (bei 58 Prozent der Unternehmen). Aus dem noch mangelnden Interesse bzw. dem nicht vorhandenen Zugang zu Social Media ergäben sich für 31 Prozent der Befragten die größten Hürden.

Ausblick

In fast 90 Prozent der Unternehmen gehe man von einer weiter steigenden Bedeutung der sozialen Netzwerke in naher Zukunft aus. Eines der größten Probleme werde dann für viele Unternehmen darin bestehen, genügend Fachkräfte zu rekrutieren, die sich mit der Nutzung von Social Media im betrieblichen Umfeld auskennen.

Eine Präsentation zum „SID/FIT Social Media Report 2010/2011. Aktuelle Untersuchung zur Nutzung von Social Media im Beruf“ (20 Bl.) der Autoren Valentina Kerst, Dieter Böttcher (SID), Thomas Gronenthal (DSMF), Prof. Dr. Wolfgang Prinz (FIT) und Prof. Dr. Andreas Schümchen (EMT) findet sich unter der Adresse: <http://www.softwareinitiative.de/news/aktuell/2010-10-22-StudieSoMe>.

Internet und Datensicherheit

27 Millionen Bundesbürger haben ihr „persönliches Profil“ (Daten zur Person, Adressen, Kennwörter, ihre Login-Zeiten, Angaben zum Nutzerverhalten im Internet, Fotos, Gedanken zu verschiedensten Sachverhalten usw.) ins Internet gestellt und das, obwohl ein großer Teil der Internetnutzer in puncto Datensicherheit recht skeptisch ist. Das ergibt sich aus einer repräsentativen Umfrage, die unlängst im Auftrag des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM), Berlin (<http://www.bitkom.org/>), durchgeführt wurde.

52 Prozent aller Internet-Nutzer haben ein „Online-Profil“

Gegenwärtig verfüge jeder zweite Internet-Nutzer in Deutschland über ein „Online-Profil“, das er völlig freiwillig angelegt und ins Netz eingestellt habe. Die meisten der Nutzer (48 Prozent bzw. 24 Millionen Personen) präsentierten ihre persönlichen Daten, Bilder und Gedanken in Online-Communitys. Angemeldet seien dort rund 30 Millionen Personen. Jeweils sieben Prozent der Internetnutzer hätten persönliche „Profile“ auf privaten Homepages oder in „Singlebörsen“ eingestellt, sechs Prozent auf beruflichen Internetseiten.

Unter den 14- bis 29-Jährigen hätten drei von vier Internet-Surfern ein „Community-Profil“ angelegt. Für die jüngeren Altersgruppen hat der Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, Stuttgart (<http://www.mpfs.de/>), Folgendes ermittelt: Von den 12- bis 13-Jährigen verfügten 61 Prozent über ihr persönliches „Online-Profil“, von den zehn- bis elfjährigen Mädchen und Jungen 35 Prozent, von den Acht- bis Neunjährigen 13 Prozent und von den Sechs- und Siebenjährigen immerhin noch fünf Prozent.

Woraus sich die Anziehungskraft „des heutigen Internets, des Web 2.0“ ergibt, die auch bewirkt, dass eine wachsende Zahl von Menschen diesem Medium persönliche Daten und Gedanken anvertrauen, charakterisiert Prof. Dieter Kempf (Präsidiumsmitglied des BITKOM) wie folgt: „Im Web 1.0 haben wir Informationen gesucht und billig eingekauft, das Web 2.0 ist als interaktives Medium mit dem Alltag verschmolzen. Für viele der Menschen gibt es kaum mehr Gegensätze zwischen ‘realem’ und ‘virtuellem’ Leben. Die Netzwerke sind gerade für jüngere Menschen zu einer Möglichkeit geworden, sich die Welt zu erschließen. Es geht um die Freiheit, sich anderen zu zeigen, wie man sich selbst sieht – aber auch um neue Möglichkeiten der Meinungsäußerung und die Pflege von Freundschaften rund um den Globus. All das bietet das Web heute. Es hat uns dadurch gesellschaftlichen Fortschritt gebracht.“

Die Mehrheit erkennt Risiken

Nur einer Minderheit von 13 Prozent der Nutzer sei es egal, was mit ihren Daten passiert. 55 Prozent aller Internetnutzer hielten ihre Daten „im Allgemeinen eher für unsicher“. 42 Prozent meinten, dass ihre Daten im Internet sicher seien. 13 Prozent verzichteten auf die Online-Speicherung persönlicher Daten und Dokumente, „weil sie Angst vor mangelndem Datenschutz haben“. Allerdings fehlten aber auch 47 Prozent, also jedem zweiten Internetnutzer, Informationen darüber, was er selbst für den Datenschutz tun könne. Jeder Zweite fordere vom Staat, speziell beim Datenschutz im Internet stärker einzugreifen. Eine knappe Mehrheit der Internetnutzer befürwortet ein staatliches Datenschutz-Siegel.

Ganz offensichtlich, so die BITKOM-Experten, seien die Deutschen „alles andere als vertrauenselig“, dennoch bedürfe es beim Datenschutz „noch viel Überzeugungsarbeit“. Interessant sei, „dass den staatlichen Stellen nicht deutlich mehr Vertrauen entgegen gebracht wird als Communities oder Online-Shops. Hier wirken in der Netzgemeinde vermutlich die Debatten um Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen nach.“

Die zuständige Bundesministerin, Ilse Aigner, wird mit den Worten zitiert „Ich möchte nicht, dass Unternehmen Geschäfte mit den Daten von Nutzern machen, indem sie Persönlichkeitsprofile veröffentlichen, Bewegungsprofile oder Suchmaschinen-Anfragen zur Profilbildung nutzen. Dies darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen zulässig sein. Auch die Gesichtserkennung im Internet darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung geschehen. Wer persönliche Daten ins Netz stellt, sollte grundsätzlich auch das Recht behalten, diese wieder zu löschen.“ Die Bundesregierung werde der Weitergabe personenbezogener Daten „Grenzen setzen“.

Technische Möglichkeiten für den Datenschutz

Wer sich „möglichst vollständig“ davor schützen wolle, im Internet Spuren zu hinterlassen, der könne zum Surfen einen Anonymisierungsdienst nutzen. Das würden laut Daten der BITKOM-Erhebung etwa zehn Prozent aller Internetnutzer auch bereits tun. Es helfe zudem, wenn der „Private Modus“ im Internet-Programm aktiviert werde. „Wer sich einen PC mit anderen teilt, weiß das unter Umständen zu schätzen, denn die Mitnutzer sehen dann keine Informationen über die besuchten Seiten.“

Zukünftig werde es Verfallsdaten für Nutzer-Dateien im Internet geben, etwa für Fotos. Entsprechende Systeme würden derzeit entwickelt. Sie würden „sich in einigen Jahren auf dem Markt durchsetzen“. Bei der Übertragung sensibler Daten, etwa beim Einkaufen und beim Online-Banking, sollten Internet-Nutzer schon jetzt „immer auf eine Verschlüsselung achten“. Eine zusätzliche Möglichkeit zur sicheren Datenübertragung biete der neue Personalausweis, „mit dem Online-Transaktionen geschützt und Nutzer-Identitäten bestätigt werden“ könnten. Und auch bei der Speicherung von Daten werde „eine Verschlüsselung zunehmend wichtig, gerade auf mobilen Geräten wie Smartphones, die man leicht einmal verlieren kann“.

Eine Präsentation (11 Grafiken) zu der oben erwähnten Umfrage und ein Statement von Prof. Dieter Kempf (BITKOM-Präsidium) dazu sind unter http://www.bitkom.org/de/presse/8477_66819.aspx zu finden. Bereits Anfang 2010 haben das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der BITKOM ein Infoblatt mit zehn „Empfehlungen für Datenschutz und Sicherheit im Internet“ herausgegeben (<http://www.bitkom.org/de/themen/50790.aspx>).

Materialien

Ulrich, Peter: Zivilisierte Marktwirtschaft

Eine wirtschaftsethische Orientierung. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage. Bern.Stuttgart.Wien: Haupt Verlag 2010, 208 S., 19,90 EUR, ISBN 978-3-258-07604-1.

Weder die landläufige Sachzwangrhetorik, die uns eine von niemandem kontrollierbare, offenbar ganz 'eigensinnige' Wirtschaftsentwicklung weismachen will, noch das blinde Vertrauen in den 'freien' Markt, der angeblich von selbst dafür sorgt, dass es allen gut geht, sind vernünftig. Die alte Marktgläubigkeit ist in breitesten Kreisen dahin. Allerdings steht eine nachholende Aufklärung im Wirtschaftsdenken noch aus. Eine umfassende wirtschaftsethische Neuorientierung ist notwendig. Heute mehr denn je. Vor diesem Hintergrund hat der Autor, Prof. em. Dr. Peter Ulrich (von 1987 bis 2009 erster Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen), sein bereits vor Jahren entwickeltes wissenschaftliches Konzept für einen zentralen ethischen Orientierungsrahmen allen Wirtschaftens umfassend überarbeitet, aktualisiert und zu vielen Themen substantiell erweitert.

Leitideen modernen Wirtschaftens

Zunächst geht der Autor der Frage nach, für wen eigentlich die Wirtschaft Werte schafft. Man dürfe diese Frage nicht ökonomisch verkürzt beantworten. Eine anspruchsvolle Sicht stelle vernünftiges Wirtschaften (...) in den Kontext konkreter Fragen des guten Lebens und des Zusammenlebens der Menschen. Eine so verstandene ganzheitliche ökonomische Vernunft sei für unsere individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität zu wichtig, als dass wir es den 'reinen' Ökonomen überlassen könnten zu bestimmen, was in ihrem Namen Sache ist. Vielmehr ist es **unsere Sache**, als Bürgerinnen und Bürger einer modernen Gesellschaft darüber zu befinden. Aus dieser Sicht unterzieht der Autor die Sinnfrage allen Wirtschaftens, den ökonomischen Rationalisierungsprozess und die 'wertfreie' ökonomische Sachlogik einer recht kritischen Betrachtung. Aus ideengeschichtlicher Sicht hinterfragt er den Inhalt des Fortschrittsbegriffs und damit verbundene modernen Verheißungen.

Es werde, so der Autor, bald zu epochalen Weichenstellungen kommen müssen: Soll der Fortschritt in Zukunft noch ein sinnvoller Fortschritt sein, so wird es dringlich, dass wir uns auf seine handlungsorientierenden Leitideen besinnen. Die demokratische Gesellschaft müsse den **politischen Willen** entwickeln, mit den produktiven Mitteln, über die sie verfügt, etwas lebenspraktisch Vernünftiges anzufangen. Das setze allerdings einen hinreichend entwickelten und verbreiteten Bürgersinn, die Einbindung der Marktkräfte in die republikanisch-liberale Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsbürgerrechte zur Sicherung der sozialen Integration der Gesellschaft voraus: Entweder das Wirtschaftsbürgerrecht auf Erwerbsarbeit für alle oder das Wirtschaftsbürgerrecht auf ein erwerbsunabhängiges Grundeinkommen für alle oder ein Wirtschaftsbürgerrecht auf Teilhabe am volkswirtschaftlichen Kapital für alle oder aber einen Mix aus diesen Wirtschaftsbürgerrechten.

Zur Verantwortung der Bürger, der Unternehmen und der Politik

Im zweiten Teil seines Buches beschreibt der Autor die gesellschaftlichen Orte, an denen ethische Verantwortung konkret zurechenbar gemacht werden kann und soll. An den Anfang der Betrachtung stellt er bewusst den Wirtschaftsbürger und dessen

wichtigste Aktionsfelder: sein Handeln als kritisch reflektierender Konsument und Kapitalanleger, als erwerbstätiger 'Organisationsbürger' in arbeitsteiligen Organisationen und als wirtschaftsethisch mitverantwortlicher Staatsbürger. Sodann geht er ausführlicher der Frage nach, wie ein Unternehmen zum Good Corporate Citizen werden kann und welche Ethikmaßnahmen dafür ergriffen werden müssen. Und schließlich wendet er sich dem Reizwort der Gegenwart, der Globalisierung, zu. Er beschreibt, wie die Globalisierung machtpolitisch funktioniert und entwirft dann das Leitbild für eine lebens- und gesellschaftsdienliche **Ordnungspolitik**. Der grundlegende Leitsatz für eine vernünftige, wirtschaftsethisch aufgeklärte Globalisierungspolitik kann aus der Sicht des Autors nur lauten: **Wer A sagt, muss auch B sagen** – oder konkret: Wer den globalen Markt will, der sollte vernünftigerweise auch eine vitalpolitisch orientierte **Global Governance** mit weltweiten Menschenrechts-, Demokratie-, Sozial- und Umweltstandards befürworten. Gemeint ist damit eine Weltordnung, die auf einem ausbalancierten Netzwerk sich wechselseitig in Schach haltender Regulierungsinstanzen und Regelsysteme beruht und so – als globale **Governance without Government** – ohne Weltregierung und Weltstaat auskommt.

Alternativlose Herausforderung

Wenn das Konzept einer zivilisierten Weltwirtschaft Wirklichkeit werden soll, so der Autor, dann müsse es im 21. Jahrhundert einen geradezu epochalen 'Bewusstseinsschub der Menschheit' geben. Das sei alternativlos. Sonst werde es die einzig hoffnungsvolle menscheitsgeschichtliche Zukunftsvision nicht geben, jene Vision einer vitalpolitisch eingebundenen Globalisierung, die allen Menschen auf diesem Planeten Voraussetzungen für ein gutes, menschenwürdiges Leben in realer Freiheit und vernünftigem, das heißt international und intergenerationell verallgemeinerungsfähigem Wohlstand gewährt.

Fazit

Manche der hier dargelegten Gedanken und Konzepte werden einigen Lesern sicher aus früheren Veröffentlichungen des Autors bekannt sein. Aber vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen mit rücksichtsloser Profitgier, mit prekären Lebenslagen, mit ausufernder Staatsverschuldung und einer wachsenden Umweltzerstörung tritt die strategische Dimension dieser Überlegungen noch stärker hervor als zu Beginn des Jahrhunderts. Wer sich – wie der Autor – intensiver mit der Sinnfrage des Wirtschaftens beschäftigt und auch darüber nachdenkt, wie man den Zauberlehrling der entfesselten Märkte wieder in die Ecke schicken und für die Bürgergesellschaft, die Wirtschaft und die Politik neue zivilisierte Maßstäbe und fairere Spielregeln entwickeln kann, der dürfte in dieser Ausgabe gewiss eine ganze Reihe bemerkenswerter Denkansätze finden.

Impressum

Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-477

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Winfried Morgenstern
E-Mail: w.morgenstern@sozialbank.de

Verlag:

BFS SERVICE GMBH
Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln
Telefon 0221 / 97356-160
Telefax 0221 / 97356-164
E-Mail: bfs-service@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich